

tef, die das Justizministerium leitet, beschließt. „Der Staat bin ich“, alle können mit den Buckel runtertreten: Finanzminister, Landwirtschaftsminister, die Bundesländerchefs, alle Vereinbarungen ignoriere ich! Sie setzt um, dass das Recht ihrer Politik folgen muss. Zufällig gibt ihre Stimme den Ausschlag zur EU Renaturierung. Der ex-grüne Bundespräsident, der Kickl unter anderem für seinen Sager „Das Recht muss der Politik folgen“ gescholten hat und die grüne Justizministerin gingen auf Tauchstation. Der zö-

KURIER

Die abgedruckten Briefe und Gastkommentare müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Der KURIER bietet Fremdautoren eine Plattform, ihre Standpunkte zu vertreten.

Nutzen oder bestenfalls im Sinne einiger weniger Gesinnungsgenossen. Dennoch warte ich mit demokratischen Interessen auf die Beurteilung der Gerichte zum Thema Abstimmungsverhalten in den EU-Gremien und wünsche mir, dass dieses Urteil nicht allzu lange auf sich warten lassen möge.

Richard Vogel
Neufeld

Ein Déjà-vu

Zwanzig EU Staaten stimmen für die Renaturierung. Die Wissenschaft sagt ein-

Wahl gibt es noch einmiges zu tun, nicht nur Wahlkämpfen! Günther Kraftschick

16 Fußballfelder

Österreich wird trotz zahlreicher brachliegender Areale und ungenutzter Objekte im Ausmaß von täglich rund 16 Fußballfeldern versiegelt und die Politik unterstützt das mit entsprechenden Widmungen und Baugenehmigungen. Neben der Zerstörung von Naturflächen nimmt außerdem die CO₂-Emission durch Beton überdurchschnittlich zu, wo-

Wahl III von Michael Demant

delt worden. Ebenso die Abschaffung des Brief- und Redaktionsgeheimnisses. Ein Skandal! Das Migrationsproblem kann nur von Blau-Schwarz gelöst werden. Die ÖVP ist selbst schuld, hätten sie die Koalition nicht platzen lassen. Dass Grüne keine verlässlichen Koalitionspartner sind, liegt auf der Hand! Ich denke, dass Nehammer bei den Koalitionsverhandlungen zurücktritt und den Weg für Blau-Schwarz (mit Kickl) frei macht.

Friederike Schuster
Pfaffstätten

Empfehlung konfrontiert sehen – und diese Realität gern verdrängen und lieber so tun, als wäre alles beim Alten (oder beim elitären Jungsein).

Und da bleibt dann oft notwendige Hilfe aus oder auch erhoffte Zuwendung. Aber, um ehrlich zu sein: Ist das nicht auch sehr oft unsere eigene Schuld? Können wir uns selbst aus der lang geübten Rollenverteilung – wir sind die Großen, ihr seid unsere zu betreuenden, zu verhätschelnden Kinderchen – lösen?

Da schleppe ich immer noch mein Sechser-Pack Eineinhalbliter-Flaschen

den: Was man an Unterstützung braucht, was man sich wünschen würde, wo man seine Grenzen ziehen möchte, um sich nicht entmündigt vorzukommen, wo auch die Kinder ihre Grenzen ziehen wollen, wo ihr Leben ausschließlich ihnen gehört. Ja, solche Gespräche sind Arbeit. Beziehungsarbeit.

Aber wer hat denn geglaubt, dass man im Alter nichts mehr arbeiten muss?

* * *

Ruth Pauli (73) war viele Jahre innenpolitische Koordinatorin des KURIER altnaund@kurier.at

Die EU muss in der Entwicklungspolitik mutiger werden

Warum die EU mit entwicklungspolitischen Antworten neue Maßstäbe in der Bewältigung globaler Krisen setzen kann

Vergangene Freitag ist die erste Ministerpräsidentin Kaja Kallas beim EU-Gipfel in Brüssel zur neuen Außenbeauftragten ernannt worden.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union war in den letzten Jahren insbesondere von der COVID-19-Pandemie, den Kriegen in der Ukraine und in Gaza, von humanitären Krisen, der Stabilisierung der westlichen Balkanstaaten und den Beziehungen zu Großmächten wie den USA, China und Russland geprägt.

Ein neues Migrations- und Asylpaket, das die EU wegen der Verlagerung ihrer Außengrenzen nach Nordafrika in die



ANDI BRUCKNER

LUKAS WANK

Gast-Kommentar

Der Autor ist Gf. der AG Globale Verantwortung, österreich. Dachverband von 36 NGOs für internationale Entwicklung

Kritik brachte, wurde erst diesen Frühling beschlossen. Eine Entspannung der globalen Situation ist nicht in Sicht, weshalb die EU-Institutionen und Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker gut beraten sind, sich für eine weitere beschwerliche EU-Kommissionsperiode zu rüsten.

Welt im Krisenmodus

Dabei ist „rüsten“ nicht nur im verteidigungs- und migrationspolitischen Sinne zu verstehen: In Zeiten des Umbruchs und der Unsicherheit braucht es eine Europäische Union, die umfassendere Antworten auf eine Welt im anhaltenden Krisenmodus hat und die eine richtungsweisende Kraft für

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bleiben will.

Mehr Entwicklungspolitik ist zweifellos eine der dringend benötigten Antworten, durch die die EU auch neue Maßstäbe in der Weltpolitik setzen kann. Denn die sich gegenseitig verstärkenden Krisen – Kriege und Konflikte, die Klimakrise, Gesundheitskrisen, zunehmender Hunger, steigende Ungleichheiten und Armut – machen viele Länder im Globalen Süden immer fragiler.

Ihnen fehlen die finanziellen Mittel, um ausreichend in Sozial- und Gesundheitssysteme sowie in nachhaltige Entwicklung zu investieren. Unter anderem, weil sie bei interna-

tionalen Finanzinstitutionen oder wohlhabenderen Ländern wie den EU-Mitgliedstaaten hoch verschuldet sind. Investitionen in Inaktive Großprojekte und Rohstoffgewinnung, wie sie zum Beispiel China fördert, können zusätzliche Schuldenberge hinterlassen.

Aktuell und langfristig

Die ärmsten und instabilsten Länder sind für Wirtschaftspartnerschaften aber ohnehin unbedeutend. Daher sehe ich die EU-Kommission und die Außenminister der Mitgliedstaaten in der Pflicht, einen mutigeren Weg zu beschreiten: Den einer zukunftsfitten, partizipativen und kohärenten Entwicklungspolitik, die die akute

humanitäre Hilfe und langfristige Entwicklungszusammenarbeit mit mehr finanziellen und operativen Mitteln ausstattet.

Können Menschen in ihrer Heimat den Auswirkungen globaler Krisen vorbeugen, sie eindämmen und bewältigen, trägt das maßgeblich zu menschlicher Sicherheit und Stabilität bei, auch in Europa.

Alternative zu Autokraten

Nur so kann die EU für ihre Partnerländer im Globalen Süden eine echte Alternative zu wirtschaftsorientierten und autokratischen Global Playern wie China bleiben – den aktuellen geopolitischen Machtverschiebungen zum Trotz.